

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. Januar 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

In den ersten elf Monaten des Jahres 2014 sind nach Angaben der UN Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) 9.617 Zivilisten (3.188 Tote, 6.429 Verletzte) Opfer des Konflikts geworden. Damit sei die Zahl der zivilen Opfer gegenüber 2013 um 19 % gestiegen und die höchste seit Beginn der Zählung 2009. Die Anzahl der Kinder unter den Opfern sei um 33 %, die der Frauen um 12 % höher als im Vorjahr. Insgesamt müsse für das Jahr 2014 mit über 10.000 zivilen Opfern gerechnet werden. Hauptursache seien Bodenkämpfe, bei denen Zivilisten ins Kreuzfeuer geraten seien. Weitere Ursachen: improvisierte Sprengsätze (IEDs), Selbstmordanschläge und sog. komplexe Angriffe, bei denen mehrere Taktiken gleichzeitig angewendet werden. Für mindestens 75 % der zivilen Opfer seien die Aufständischen verantwortlich. Außerdem wurden nach US-Angaben 2014 über 4.600 afghanische Soldaten und Polizisten getötet.

ISAF-Mission beendet

Mit Ablauf des Jahres 2014 endete die Mission der ISAF nach 13 Jahren, ausländische Truppen wurden weitgehend abgezogen. Im Rahmen der Nachfolgemission „Resolute Support“ verbleiben rund 13.000 ausländische Soldaten, die die afghanischen Sicherheitskräfte ausbilden und beraten sollen, darunter bis zu 850 Deutsche. Die US-Soldaten dürfen allerdings für mindestens zwei weitere Jahre Anti-Terror-Einsätze gegen Aufständische/Taliban durchführen und die afghanischen Sicherheitskräfte bei Bedarf unterstützen.

Irak

Sicherheitslage

Im Jahr 2014 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 17.073 Zivilpersonen getötet.

Nach Angaben der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) gab es im Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2014 mindestens 35.408 zivile Opfer (12.282 Tote und 23.126 Verletzte). Dies sei die höchste Opferzahl seit 2008 mit 26.965 zivilen Opfern (6.787 Tote und 20.178 Verletzte).

Im Dezember 2014 wurden nach UNAMI-Angaben 680 Zivilpersonen getötet und 1.360 verletzt. Weiter seien 421 Angehörige der Sicherheitskräfte getötet und 508 verletzt worden. Am stärksten betroffen war Bagdad mit 1.051 zivilen Opfern (320 Tote, 731 Verletzte). Nach den Informationen, die UNAMI vom „Health Directorate“ in Anbar erhalten hat, gab es in der Provinz Anbar (bis einschließlich 30.12.14) 669 zivile Opfer (164 Tote, 505 Verletzte), davon 66 Tote und 361 Verletzte in Ramadi und 98 Tote und 144 Verletzte in Fallujah. In der Provinz Salahaddin gab es 74 Tote und 29 Verletzte und in der Provinz Diyala 48 Tote und 33 Verletzte.

Die höchste Opferzahl wurde im Juni 2014 mit 4.126 zivilen Opfern (1.775 Tote und 2.351 Verletzte – einschließlich Anbar) registriert.

In der Zeit vom 01.06. bis 31.12.2014 wurden 22.292 zivile Opfer (8.481 Tote und 13.811 Verletzte) registriert – einschließlich Polizisten und der Opfer aus der Provinz Anbar.

UNAMI weist darauf hin, dass es sich hierbei um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Am 11.01.15 kamen in Baquba (Provinz Diyala) u.a. durch Granatenbeschuss und Sprengfallen mindestens 17 Menschen ums Leben, weitere 16 wurden verletzt. Laut Pressemeldung gilt Baquba derzeit als eine der am härtesten umkämpften Städte nahe Bagdad.

Die US-geführten Luftstreitkräfte flogen am 09.01.15 nahe Erbil (Provinz Erbil), Ramadi (Provinz Anbar) und Mosul (Provinz Ninive) Angriffe gegen IS-Stellungen.

Pakistan

Terroranschlag auf eine Schule in Peshawar

Mindestens sechs bewaffnete Taliban-Kämpfer stürmten am 16.12.14 eine Schule in Peshawar. Bei dem Angriff und den Gefechten mit Sicherheitskräften wurden mindestens 152 Menschen getötet, darunter 136 Kinder. Die Rebellenbewegung Tehrik-i-Taliban Pakistan bekannte sich zu dem Anschlag. Er ist eine Reaktion darauf, dass die Armee nach erfolglosen Friedensgesprächen mit den Extremisten im Sommer 2014 in Nordwaziristan eine Bodenoffensive gegen die Militanten begann. Nach Angaben eines Taliban-Sprechers wurde das Ziel ausgewählt, weil es sich um eine Schule der Armee gehandelt hat, die von Kindern von Soldaten besucht wird. Als Antwort auf das Schulmassaker verstärkten die pakistanischen Sicherheitskräfte ihre Offensive gegen die Taliban. Bei Bombardierungen von Stellungen der Extremisten im Khyber-Stammesgebiet und beim Vorrücken von Bodentruppen in das Tirah-Tal an der Grenze zu Afghanistan wurden 57 Rebellen getötet. Die Schulen in Peshawar öffneten nach dem Anschlag im Dezember am 12.01.15 wieder, nachdem die Sicherheitsvorkehrungen erhöht worden waren.

Wiedereinführung der Todesstrafe sowie von Militärgerichten für Terrorverdächtige

Nach dem Massaker von Peshawar kündigte Premierminister Sharif an, Terroristen wieder hinrichten zu lassen. Seit 2008 galt in Pakistan ein Moratorium für die Todesstrafe. Seit dem Massaker wurden sieben verurteilte Terroristen gehängt. Außerdem beschloss das Parlament die Wiedereinführung von Militärgerichten für Terrorverdächtige, was zu einer schnelleren Aburteilung von Terroristen führen soll.

Anschlag in Rawalpindi

Am 09.01.15 kamen bei einem Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee in Rawalpindi mindestens neun Menschen ums Leben, mindestens 16 wurden verletzt. Zur Tat bekannte sich die Gruppe Jamat-ul-Ahrar, die zur Organisation Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) gehört.

Türkei

Selbstmordanschlag

Am 06.01.15 sprengte sich eine Selbstmordattentäterin vor einer Polizeiwache in Istanbul im Touristenviertel Sultanahmet mit einer Handgranate in die Luft. Dabei verletzte sie zwei Polizisten, von denen einer im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Die verbotene linksextremistische Organisation DHKP-C („Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“) übernahm zunächst die Verantwortung, zog ihr Bekenntnis aber am 09.01.15 wieder zurück und erklärte, das Attentat sei nicht von ihr verübt worden, sie habe aber auch einen Anschlag in der Gegend vorbereitet. Bei der Attentäterin soll es sich nach Medienberichten um eine Frau aus der russischen Kaukasusregion Dagestan mit Kontakten zu Islamistengruppen handeln.

Erst am Neujahrstag hatte ein Mann vor dem ehemaligen Sultanspalast Dolmabahce in Istanbul zwei Handgranaten auf Polizisten geworfen, die jedoch nicht explodierten. Auch zu dieser Tat hatte sich die DHKP-C bekannt.

Am 10.01.15 konnte ein weiterer Anschlag vereitelt werden. Vor einem Einkaufszentrum im Westen von Istanbul wurde nach Polizeiangaben in einem Mülleimer eine Bombe entdeckt und entschärft.

Freikauf vom Wehrdienst

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu gab im Dezember 2014 bekannt, dass sich türkische Männer über 27 Jahre zum Stichtag 01.01.15 für 18.000 Türkische Lira (ca. 6.500 Euro) vom Wehrdienst „freikaufen“ können. Sie müssen stattdessen lediglich eine mehrwöchige Grundausbildung absolvieren. Zuletzt

wurde im Januar 2014 der für alle Männer von 18 bis 41 Jahren geltende Wehrdienst von 15 auf zwölf Monate verkürzt.

Mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Lehrer-Demo

Die türkische Polizei ging am 20.12.14 mit Tränengas und Wasserwerfern gegen eine Demonstration von Lehrern in Ankara vor, die gegen eine befürchtete Islamisierung der Bildung demonstrierten. Mehr als 100 Menschen seien festgenommen worden, berichtete die Zeitung Hürriyet, unter ihnen auch der Chef der Bildungsgewerkschaft Egitim-Is. Die Mitglieder der Lehrgewerkschaft waren für Arbeitsrechte und säkulare Erziehung auf die Straße gegangen. Die Behörden erklärten, der Protestmarsch sei illegal gewesen.

Haftbefehl für Fethullah Gülen sowie weitere Festnahmen

Ein türkisches Gericht hat am 19.12.14 einen Haftbefehl gegen den regierungskritischen, in den USA lebenden, islamischen Prediger Fethullah Gülen erlassen. Dieser weist alle Vorwürfe zurück. Die Anklage beschuldigt ihn und seine „Hizmet“-Bewegung, eine „kriminelle Vereinigung“ zu sein. Staatspräsident Erdogan wirft seinem einstigen Verbündeten Gülen vor, parallele Staatsstrukturen besonders bei der Polizei und Justiz in der Türkei geschaffen zu haben, um ihn zu stürzen.

Der am 14.12.14 festgenommene–Chefredakteur der mit Gülen verbundenen Zeitung Zaman wurde am 19.12.14 vom Gericht freigesprochen und unter Auflagen freigelassen. Gegen vier im Rahmen der Razzia Festgenommene wurde Haftbefehl erlassen, darunter ist der Chef des Gülen-nahen Medienkonzerns Samanyolu, Hidayet Karaca. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor.

Medienberichten zufolge wurden zudem am 05.01.15 über 30 Mitarbeiter der Sicherheitskräfte bei Razzien in überwiegend östlichen und südöstlichen Städten wegen mutmaßlich illegaler Abhöraktivitäten festgenommen. Ihnen werden Lauschangriffe auf Politiker, Staatsbedienstete und Unternehmer vorgeworfen.

Kirchenneubau genehmigt

Erstmals seit Gründung der Türkischen Republik im Jahr 1923 hat die türkische Regierung am 03.01.15 den Neubau einer christlichen Kirche genehmigt. Das Gotteshaus für syrisch-orthodoxe Christen soll bald im Istanbuler Stadtteil Yesilköy am Marmarameer entstehen. Bisher wurden in der Türkei Kirchen lediglich saniert oder wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Iran

Zensurbehörde verbietet beliebte Messenger- und Telefondienste

Die iranische Zensurbehörde hat auf Weisung der Justiz zusätzlich zu WhatsApp zwei beliebte Messenger- und Telefondienste verboten. So wurden die Apps Line und Tango blockiert. Dementgegen hatte sich der als gemäßigt geltende Präsident Hassan Rohani im Vorfeld wiederholt gegen Blockaden von Kommunikationsdiensten und sozialen Netzwerken ausgesprochen. Es kann somit von seiner Niederlage gegen die ultrakonservativen Kräfte ausgegangen werden. YouTube, Twitter und Facebook sind bereits blockiert. Vor allem viele junge Iraner verschaffen sich aber über Proxy-Server oder andere Methoden weiter Zugang zu den Diensten.

Palästinensische Autonomiegebiete

Palästinenser treten Internationalem Strafgerichtshof bei

Nach UN-Angaben treten die Palästinenser am 01.04.15 dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei. Von diesem Tag an werde der dafür notwendige Grundlagenvertrag – das sog. Rom-Statut – auch für einen Staat Palästina gelten, teilte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am 06.01.15 mit. Insgesamt sind bislang 122 Staaten dem Rom-Statut beigetreten. Die Palästinenser hatten den international rechtlich bedeutsamen Schritt lange unterlassen, um Friedensverhandlungen mit Israel nicht zu gefährden, die im April 2014 scheiterten. Die palästinensische Autonomiebehörde hat die Zuständigkeit des IStGH für Verbrechen auf dem von ihr kontrollierten Gebiet anerkannt. Damit sei theoretisch der Weg für Ermittlungsverfahren gegen Israelis frei, bestätigte ein Gerichtssprecher am 06.01.15 in Den Haag.

Saudi-Arabien

1.000 Peitschenhiebe, Haft- und Geldstrafe für saudischen Blogger

Der Blogger Raif Badawi soll mit 1.000 Peitschenhieben für die Gründung eines islamkritischen Online-Debattenmagazins bestraft werden und vor einer Moschee in der westsaudischen Hafenstadt Jidda öffentlich ausgepeitscht werden, berichtete die Organisation Amnesty International am 08.01.15. Badawi war bereits im Mai 2014 wegen „Beleidigung des Islams“ zu der harten Körperstrafe sowie zu zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von einer Million Rial (rund 191.000 €) verurteilt worden. Badawi ist seit Mitte 2012 inhaftiert. Seine Website „Freie saudische Liberale“ wurde geschlossen.

Jemen

Anschlag in Hauptstadt Sanaa

Bei einem schweren Anschlag auf die Polizeiakademie im Zentrum der Hauptstadt Sanaa sind am 07.01.15 nach Meldungen der jemenitischen Nachrichtenseite „Al-Masdar Online“ mehr als 40 Menschen getötet und Dutzende verletzt worden. Demnach explodierte vor den Toren einer Akademie eine Autobombe, die meisten Opfer waren Studenten. Zunächst bekannte sich niemand zum Angriff. Der Jemen wird seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Ali Abdullah Saleh im Jahr 2012 von Gewalt und politischen Unruhen erschüttert.

Syrien

Fazit 2014

Das Jahr 2014 war nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seit Beginn des Konflikts das blutigste Jahr. 2014 sollen 76.021 Menschen getötet worden sein (2013: 73.447), darunter 17.790 Zivilisten und 3.501 Kinder. Unter den Getöteten sollen 2014 mindestens 22.625 Regierungssoldaten oder Mitglieder regimetreuer Milizen sowie 32.000 Aufständische sein.

Bau einer neuen Atomanlage?

Nach Medienberichten vom 10.01.15 soll das syrische Regime den Bau einer unterirdischen Nuklearanlage in der Nähe von al-Kusair (unzugängliche Bergregion in der Grenzregion zum Libanon) vorantreiben. Es wird vermutet, dass es sich bei dem Projekt mit dem Codenamen „Zamzam“ um einen Reaktor oder eine Anreicherungsanlage handelt, in die man 8.000 Brennstäbe aus einem früheren Atomprojekt überführt hat. Experten aus Iran und Nordkorea sollen am Bau beteiligt sein; die Hizbollah soll die Anlage bewachen. 2007 hatte Israel den Atomkomplex „al-Kibar“ in der syrischen Wüste durch einen Luftangriff zerstört.

Tötungen durch Islamischen Staat (IS)

Im nordsyrischen ar-Raqqa (Al-Rakka) sind nach Angaben von Aktivisten Ende Dezember 2014 vom IS mindestens hundert „abtrünnige“ Jihadisten getötet worden, die nicht mehr kämpfen und aus Raqqa fliehen wollten.

Mehr als 230 Menschen wurden am 17.12.14 in einem Massengrab im Osten Syriens gefunden, die meisten von ihnen Mitglieder des Stammes der al-Scheitat. Tausend Menschen werden von Familienangehörigen noch vermisst, seit der IS im August 2014 in mehreren Gemeinden in der Provinz Deir ez-Zor Massaker verübte. Weil sich die Scheitat geweigert haben sollen, IS-Führer Abu Bakr al Bagdadi die Treue zu schwören, ermordeten die Jihadisten 700 Menschen. Überlebende berichteten von Massenhinrichtungen. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte erklärte, die Toten seien mehrheitlich Zivilisten. Zu den Massakern an den Angehörigen des Scheitat-Stammes soll es auch deshalb gekommen sein, weil diese sich geweigert hatten, den IS-Kämpfern Ölfelder zu überlassen.

Libanon

Selbstmordanschlag in Tripoli

Bei einem Selbstmordanschlag in Tripoli in einem in der Mehrzahl von Alawiten bewohnten Viertel wurden am 10.01.15 mindestens neun Menschen getötet und 35 verletzt. Zum Anschlag bekannte sich die al-Nusra-Front, die angab, den Tod von Sunniten in Syrien und im Libanon rächen zu wollen.

Visapflicht für Syrer

Nachdem Syrer seit Oktober 2014 aufgrund des hohen Flüchtlingszustroms (bisher mehr als 1,1 Millionen) nur noch in Ausnahmefällen „aus humanitären Gründen“ in den Libanon einreisen durften, benötigen sie seit 05.01.15 zur Einreise ein Visum. Die Einreiseerlaubnis kann in sechs Kategorien beantragt werden, z.B. für Geschäftsreisende, Touristen, Patienten oder für Studenten.

Tunesien

Endergebnis der Parlamentswahlen

Beji Caid Essebsi (Nidaa Tounis) gewann bei der Stichwahl am 21.12.14 mit 55,68 % der Stimmen gegen den bisherigen Übergangspräsidenten Moncef Marzouki (44,32 %). Die Wahlbeteiligung betrug 60,11 %. Am Tag zuvor waren Soldaten vor einem Wahllokal in der zentraltunesischen Provinz Kairouan angegriffen worden. Bei dem Schusswechsel wurde ein Angreifer getötet sowie ein Soldat verletzt. Am Wahltag waren vor dem Hintergrund von Terrordrohungen islamistischer Gruppen rund 100.000 Soldaten und Polizisten im Einsatz. Nach der Wahl kam es am 23.12.14 in mehreren Städten zu Unruhen. Anhänger Marzoukis griffen Polizeistationen und ein Büro der Nidaa Tounis an. In der Stadt Hamma (im Süden) gingen Hunderte Jugendliche auf die Straßen, setzten Reifen in Brand und blockierten Straßen. Marzouki forderte seine Anhänger auf, den demokratischen Prozess zu respektieren.

Am 29.12.14 wurde Essebsi offiziell zum Präsidenten erklärt. Er ist der erste Präsident des Landes, der aus freien Wahlen hervorgeht.

Libyen

Internationale Flüge weitgehend eingestellt

Turkish Airlines, die letzte noch im Land aktive internationale Fluggesellschaft, teilte am 06.01.14 mit, dass sie aus Sicherheitsgründen Libyen nicht mehr anfliegen würde. Damit ist das Land auf dem Luftweg nur noch mit der libyschen Fluglinie Afrikija erreichbar.

Burundi

Zahlreiche Tote bei Rebellenangriff

In Auseinandersetzungen zwischen dem burundischen Militär und aus der benachbarten DR Kongo eingedrungenen Kämpfern wurden in der Provinz Cibitoke zwischen dem 30.12.14 und 04.01.15 bis zu 200 der Kämpfer getötet. Auch zwei Soldaten und zwei Zivilisten starben. Die Menschenrechtsorganisation Association Burundaise pour la Protection des Droits Humains et des Personnes Détenues (APRODH) wirft dem Militär vor, 37 Angreifer extralegal hingerichtet zu haben. Nach Militärangaben sollen die Angehörigen einer nicht genannten Rebellengruppe versucht haben, mit Gewaltaktionen die 2015 anstehenden Wahlen in Burundi zu stören. Parlaments- und Lokalwahlen finden am 26.05.15 statt, Präsidentenwahlen am 26.06.15 und Senatswahlen am 17.07.15.

Kenia

Umstrittenes Sicherheitsgesetz

Ein am 18.12.14 vom Parlament verabschiedetes und mit der Unterzeichnung durch Präsident Uhuru Kenyatta am 19.12.14 in Kraft getretenes Sicherheitsgesetz (Security Laws (Amendment) Bill 2014) räumt u.a. Be-

hörden mehr Überwachungsrechte ein, erleichtert Festnahmen ohne Haftbefehl und schränkt die Berichterstattung über Terrorismus ein. Kritiker sehen durch das Gesetz Menschenrechte unzulässig eingeschränkt. Kenias High Court setzte am 02.01.15 auf Antrag der Kenya National Human Rights Commission (KNHRC) und der oppositionellen Coalition for Reforms and Democracy (CORD) Teile des Gesetzes für 30 Tage außer Kraft. Deren Verfassungsmäßigkeit soll gerichtlich geprüft werden.

Uganda/Zentralafrikanische Republik

Führendes LRA-Mitglied festgenommen

Dominic Ongwen, nach Joseph Kony eine der wichtigsten Führungspersonen der ugandischen Lord's Resistance Army (LRA), ergab sich am ersten Wochenende 2015 in der Zentralafrikanischen Republik. Er befindet sich im Gewahrsam von Truppen der Afrikanischen Union, welche die LRA bekämpfen. Ongwen wird wie zwei weitere Mitglieder der LRA-Führung (Joseph Kony sowie Okot Odhiambo) wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit seit 2005 vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gesucht. Die LRA agiert im Gebiet zwischen der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan und der DR Kongo.

Nigeria

Selbstmordanschläge der Boko Haram

Am 11.01.15 gegen 15 Uhr sprengten sich in der Stadt Potiskum (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) auf dem Kasuwar-Jagwal-Markt für Handys zwei Selbstmordattentäterinnen im Alter von etwa 15 und 23 Jahren in die Luft. Mindestens sechs Personen, nach anderen Angaben über zwanzig, sollen getötet worden sein.

Am 10.01.15 starben laut Polizeiangaben gegen Mittag mindestens 19 Menschen und mindestens 27 erlitten Verletzungen, als der Sprengstoffgürtel eines etwa zehn Jahre alten Mädchens am Zugang zum Montagsmarkt in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) explodierte, während sie von Angehörigen einer Bürgerwehr durchsucht wurde.

Boko Haram tötet mindestens mehrere Hundert Einwohner der Stadt Baga

Am 06./07.01.15 griffen Kämpfer der Boko Haram im Bundesstaat Borno die Bevölkerung der Stadt Bama am Tschadsee zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage an. Mindestens mehrere Hundert der rund 10.000 Einwohner, nach anderen Angaben bis zu 2.000, sollen getötet und der Großteil der Stadt niedergebrannt worden sein. Zudem wurden etwa 15 Ortschaften im Umkreis der Stadt von den Terroristen überrannt. Bereits am 03.01.15 war die Bevölkerung von Baga Angriffen der Boko Haram ausgesetzt gewesen, nachdem deren Kämpfer nach Gefechten mit nigerianischen Regierungssoldaten den Militärstützpunkt am Nordrand der Stadt eingenommen hatten. Dieser war seit 1998 Hauptsitz der von Soldaten Nigerias, Nigers und des Tschad gebildeten Eingreiftruppe MNJTF (Multi National Joint Task Force). Sie wird seit 2012 auch zur Bekämpfung der Boko Haram eingesetzt.

Boko Haram entführt mehr als 200 Personen

Am Abend des 31.12.14 überfielen mutmaßlich Kämpfer der Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Borno das Dorf Malari (Damboa Local Government Aerea). Sie entführten etwa 40 Männer im Alter zwischen zehn und 23 Jahren. Am 14.12.14 hatten mutmaßlich Boko-Haram-Kämpfer im selben Gebiet das Dorf Gumsuri angegriffen. Sie töteten über 30 Einwohner und entführten etwa 180 Personen, vor allem Frauen und Kinder.

Boko-Haram-Bombenanschläge in Gombe und Bauchi

Etwa 20 Menschen starben am 22.12.14 gegen 11 Uhr bei einer Bombenexplosion auf dem Duku-Fahrzeugparkplatz der Stadt Gombe (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaates). Sechs Menschen wurden am Abend desselben Tages bei einer Bombenexplosion auf dem Zentralmarkt der Stadt Bauchi (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaates) getötet. Die Anschläge werden der Boko Haram zugeschrieben.

Todesurteile gegen 54 Soldaten

Am 17.12.14 verurteilte ein Militärgericht in Abuja 54 Soldaten zum Tode, die sich im August 2014 geweigert hatten, gegen die Terrororganisation Boko Haram zu kämpfen. Fünf Soldaten wurden freigesprochen.

Kamerun

Boko Haram: Auseinandersetzungen mit Militärs in der Region Extrême-Nord

Am 01.01.15 attackierten mutmaßlich Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram einen Reisebus auf dessen Fahrt von Kousseri nach Maroua. Mindestens 15 Businsassen wurden getötet.

Laut Angaben des kamerunischen Verteidigungsministeriums haben am frühen Morgen des 28.12.14 mehr als 1.000 aus Nigeria nach Kamerun eingedrungene Kämpfer der Boko Haram den grenznahen Militärstützpunkt in Achigachia (Achigashiya) überrannt. Mit Luftschlägen der kamerunischen Streitkräfte gelang die Vertreibung der Terroristen.

Am 27./28.12.14 griffen Boko-Haram-Kämpfer die an der Grenze zu Nigeria gelegenen Ortschaften Makari, Amchide, Limani, Waza, Chogori und Achigachia an. Mindestens 34 Terroristen wurden in Chogori laut offiziellen Angaben von Soldaten getötet.

Bei einem Angriff der Armee am 20.12.14 auf ein Trainingslager der Boko Haram bei der Ortschaft Guirvidig wurden laut staatlichen Angaben 84 Kinder im Alter zwischen sieben und 15 Jahren ergriffen, 45 Ausbilder verhaftet und mehrere Terroristen getötet.

Laut Militärangaben wurde am 17.12.14 in der Region Amchide ein Bombenanschlag der Boko Haram auf einen Militärkonvoi verübt. Bei dem anschließenden Gefecht sollen 116 Boko-Haram-Kämpfer getötet worden sein.

DR Kongo

Ultimatum für FDLR-Rebellen abgelaufen

Am 08.01.15 sprach der UN-Sicherheitsrat seine Unterstützung aus für ein geplantes gemeinsames militärisches Vorgehen der DR Kongo und der UN-Mission im Kongo (MONUSCO) zur „Neutralisierung“ der im Ostkongo aktiven ruandischen Rebellengruppe FDLR („Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas“). Zuvor ließ die FDLR ein sechsmonatiges Ultimatum (bis zum 02.01.15) der afrikanischen Staaten der Region zur bedingungslos Niederlegung ihrer Waffen verstreichen und überstellte im Fristzeitraum nur 337 ihrer etwa 1.300 bis 1.500 Kämpfer an die MONUSCO.

Mali

Anschlag auf UN

Am 04.01.15 wurden sechs UN-Soldaten aus Niger im Norden (Region Gao) verwundet, als ihr Fahrzeug auf dem Weg von Asongo nach Menaka von der Explosion eines am Straßenrand versteckten Sprengsatzes erfasst wurde.

Regierungschef zurückgetreten/Nachfolger bestimmt

Der seit April 2014 amtierende malische Regierungschef Mara ist am 08.01.15 gemeinsam mit seinem Kabinett zurückgetreten. Der Unterhändler des Landes bei den Friedensgesprächen mit den Rebellen, Modibo Keita, der bereits 2002 für drei Monate malischer Ministerpräsident war, wurde vom Präsidenten per Dekret als Nachfolger bestimmt.

Gambia

Putschversuch gegen den Staatspräsidenten

In der Hauptstadt Banjul wurde am 30.12.14 ein Putschversuch gegen Präsident Jammeh beendet. Anhänger des 2013 entlassenen Chefs der Präsidentengarde, Sanneh, hatten am Vorabend in Kooperation mit Mitgliedern der Präsidentengarde den Präsidentenpalast und eine Armeekaserne angegriffen. Bei den Feuergefechten

ten zwischen den Putschisten unter Führung Sannehs und der Armee wurden vier Menschen getötet. Sanneh hatte sich 2013 mit dem Präsidenten überworfen und war in den Senegal geflohen. Jammeh, der 1994 selbst durch einen Putsch die Macht ergriffen hatte, hielt sich während des Angriffes nicht in Gambia auf. Er kehrte am 31.12.14 zurück. Am 01.01.15 durchsuchten Regierungssoldaten das Umfeld der Putschisten. Dabei wurden mehrere Militäranghörige und Zivilisten festgenommen sowie Dokumente über die Umsturzpläne und ein Schiffscontainer mit Waffen- und Sprengstoff im Hafen von Banjul sichergestellt. Präsident Jammeh erklärte, dass der Putsch nicht vom Militär, sondern von einer terroristischen Gruppe mit Unterstützung von Dissidenten in den USA, Deutschland und Großbritannien ausgegangen sei. Zwei in die USA ausgewanderte Gambier wurden daraufhin in den USA und im Senegal festgenommen.

Westafrika/Ebola

Ebola Lagefortschreibung

Nach Angaben der WHO stieg die Zahl der Ebola-Infizierten in Westafrika bis zum 07.01.15 auf 20.747 (8.235 Tote) an. Mit 9.780 Infizierten (2.943 Toten) und 8.157 Infizierten (3.496 Toten) sind Sierra Leone und Liberia weiterhin am stärksten betroffen. Guinea verzeichnet 2.775 Infizierte (1.781 Tote). Aufgrund des Rückgangs der Ebola-Infektionen in Liberia plant dessen Regierung für Februar 2015 die Wiedereröffnung der Schulen, die am 30.07.14 landesweit geschlossen wurden, um eine Ausbreitung des Virus zu erschweren. Am 07.01.15 begannen Behandlungsversuche mit Ebola-Medikamenten auf freiwilliger Basis in Monrovia.

Aserbaidshan

Radiosender „Radio Free Europe/Radio Liberty“ geschlossen und Mitarbeiter verhaftet:

Am 26.12.14 hat die Polizei die Räume des Senders „Radio Free Europe/Radio Liberty“ durchsucht. Mitarbeiter wurden festgenommen, Unterlagen und Computer beschlagnahmt und der Sender geschlossen. Begründet wurde die Aktion damit, dass überprüft werden soll, ob der Sender die Gesetze zur Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen einhält. Der internationale Sender berichtet in 28 Sprachen, vor allem aus und über ehemalige Ostblockstaaten und wird von den USA finanziert. Vertreter des Senders in den USA werfen der aserbaidshanischen Regierung vor, aggressiv und systematisch gegen die Pressefreiheit vorzugehen. Aserbaidshan wird auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Rang 160 von 180 geführt.

Russische Föderation

Armee öffnet sich stärker für Ausländer

Nach einem Bericht der britischen BBC will Russland mehr ausländische Soldaten in seine Streitkräfte holen. Dazu habe Präsident Putin zu Beginn des Jahres 2015 ein Dekret erlassen. Der Erlass soll es ausländischen Soldaten ermöglichen, für mindestens fünf Jahre in der Armee zu dienen, vorausgesetzt sie sprechen Russisch. Ein Zusammenhang mit dem aktuellen Ukraine-Konflikt soll bei der neuen Regelung nicht bestehen.

Bereits jetzt sind nach Angaben russischer Verteidigungsexperten rund 300 Ausländer Teil der Armee – bisher waren allerdings die rechtlichen Voraussetzungen schwierig. Das neue Dekret soll diese vereinfachen und die Professionalisierung der Armee vorantreiben. Dem Bericht zufolge zielt die Neuerung auf Rekruten aus dem Südkaukasus und vor allem aus den zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken. Nach dem geplanten Abzug der Nato aus Afghanistan wird sich nach Einschätzung der russischen Verteidigungsexperten die Sicherheitslage in dieser Region sowie in den Nachbarstaaten Afghanistans (z.B. in Turkmenistan und Usbekistan) verschärfen. Russland unterhält noch rund 25 Militärstützpunkte in neun ehemaligen Sowjetrepubliken, darunter in Turkmenistan und in Armenien. Dank des neuen Dekrets kann Russland die militärischen Posten dort einfacher und günstiger besetzen. Für Angehörige dieser Staaten ist der russische Sold besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein großer Anreiz. Und Präsident Putin hilft das neue Dekret, die Aufrüstung im russischen Einflussbereich auszubauen.

China

Tote in Xinjiang

Nach offiziellen Berichten töteten Sicherheitskräfte in Shule in Xinjiangs Präfektur Kashgar am 12.01.15 sechs Personen, die einen oder mehrere Sprengkörper zünden wollten.

China inhaftiert die meisten Journalisten weltweit

Wie die Organisation Committee to Protect Journalists (CPJ) am 17.12.14 berichtete, sind in China 44 Journalisten inhaftiert, die meisten weltweit. Fast die Hälfte gehören den ethnischen Minderheiten der Uiguren und der Tibeter an. Auch der am 16.12.14 veröffentlichten Jahresbilanz der Pressefreiheit der Organisation Reporter ohne Grenzen zufolge sind in China die meisten Journalisten weltweit inhaftiert. Die Organisation geht von 29 aus und nennt daneben eine Zahl von 73 inhaftierten Bürgerjournalisten.

Tibet: Selbstverbrennungen

Nach Selbstverbrennungen dreier Tibeter am 16., 22. und 23.12.14 in tibetischen Gebieten der Provinzen Gansu und Sichuan stieg die Zahl dieser Vorfälle auf 136 seit 2009; elf davon ereigneten sich 2014.

Myanmar

Politische Gefangene

Laut einer Meldung der Assistance Association for Political Prisoners (Burma) vom 09.01.15 befinden sich derzeit etwa 160 politische Gefangene in Haft. Mindestens 212 Personen seien wegen politischer Aktivitäten angeklagt.

Indien/Pakistan

Kaschmir: Anhaltende schwere Kämpfe

In der zwischen Indien und Pakistan seit Jahrzehnten umstrittenen Region Kaschmir kommt es weiterhin zu heftigen Kämpfen. Mindestens zehn indische und pakistanische Soldaten sowie mehrere Zivilisten sollen ums Leben gekommen sein. Tausende Bewohner des indischen Teils Kaschmirs sind auf der Flucht, da sich die Kämpfe auch auf bewohnte Gebiete ausgebreitet haben sollen. Die Spannungen zwischen beiden Ländern nahmen seit der Absage von Friedensgesprächen durch den indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi im August zu. Im Oktober kam es zu ersten Artilleriegefechten an der Demarkationslinie.

Indien und Pakistan führten bereits drei Kriege um die vor allem von Muslimen bewohnte Region Kaschmir. Bei der Teilung Britisch-Indiens 1947 verfügte der Maharadscha von Kaschmir, ein Hindu, den Beitritt zum mehrheitlich hinduistischen Indien. Die muslimische Bevölkerungsmehrheit revoltierte dagegen. Truppen beider Staaten griffen ein. Ein Referendum, das die Vereinten Nationen forderten, wurde nie durchgeführt.

Gewalt in Assam

Nach einer Serie gewaltsamer Angriffe von Stammesmilizen der National Democratic Front of Bodoland auf Dörfer in den Distrikten Kokrajhar und Sonitpur im Bundesstaat Assam Ende 2014, bei denen mindestens 65 Menschen umkamen, sind noch immer Zehntausende auf der Flucht.

Bodo-Gruppen kämpfen seit Jahrzehnten für mehr Autonomie und greifen immer wieder Angehörige anderer Stämme und Religionen an, die sie als Außenstehende betrachten. Meistens geht es um Landrechte. Die Bodo stellen rund zehn Prozent der rund 33 Millionen Einwohner Assams.

Sri Lanka

Überraschender Machtwechsel/friedliche Wahl

Entgegen den Vorhersagen hat Präsident Mahinda Rajapaksa die Präsidentenwahl vom 08.01.15 verloren. Amtsnachfolger ist Maithripala Sirisena. Laut offiziellem Wahlergebnis erzielte der 63-Jährige 51,3 % der abgegebenen Stimmen. 47,6 % entfielen auf den seit zehn Jahren regierenden Rajapaksa (69). Etwa 15 Millionen Menschen waren zur Wahl zwischen insgesamt 19 Bewerbern aufgerufen. Die Wahlbeteiligung

schätzten die Behörden auf rund 75 %. Während im Vorfeld der Wahl Übergriffe auf Anhänger der Opposition dokumentiert sind, verlief der Wahltag selbst mehrheitlich korrekt und friedlich, auch wenn in einigen tamilischen Regionen Wählern der Zugang zu den Wahlbüros verwehrt wurde. Wahlentscheidend waren diese Beeinträchtigungen nicht. Es waren letztlich diese Gebiete, in denen sich Sirisena die meisten Stimmen sicherte, was wesentlich zu seinem Wahlsieg beitrug.

Die Vorverlegung der Wahl im November 2014 um zwei Jahre durch Rajapaksa führte damit entgegen seiner Erwartung aufgrund einer damals noch zersplitterten Opposition in eine Niederlage. Mit Sirisena hatten auch einige Minister und Abgeordnete die Seiten gewechselt. Vor allem buddhistische, muslimische und marxistische Parteien unterstützten den Herausforderer.

Zur Person: Maithripala Sirisena

Sirisena wurde am 03.09.51 in einem Dorf nördlich der Hauptstadt Colombo geboren. Wie die Mehrheitsbevölkerung ist er Singhalese und Buddhist. Nach Abschlüssen in Agrar- und Politikwissenschaften stieg Sirisena in den 1970er Jahren in die Lokalpolitik ein und wurde 1989 in das nationale Parlament gewählt. Er gilt als bescheiden, spricht kein Englisch und trägt fast ausschließlich traditionelle Kleidung.

Kuba/USA

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Unter Vermittlung des Vatikans und ergänzend Kanadas vollzogen die USA und Kuba eine von Beobachtern als historisch bewertete Annäherung. Wie am 17.12.14 verlautete, sollen die seit mehr als 50 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden. US-Präsident Barack Obama wolle das Embargo aus Handels-, Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Kuba sowie Reisebeschränkungen lockern. Kuba habe zugesagt, 53 politische Gefangene freizulassen. Ab dem 07.01.15 wurden die ersten der Gefangenen freigelassen, darunter Anhänger der verbotenen Oppositionsbewegung Unión Patriótica de Cuba (UNPACU).